

MANDATSVEREINBARUNG

zwischen

.....
- Auftraggeber -

und der **Kanzlei Konze, Inh. Patrick Konze, Weigelstr. 6, 92637 Weiden**

- Auftragnehmer -

wird in Sachen

.....
wegen

und für die mit dieser Beauftragung zusammenhängenden künftigen weiteren Aufträge folgendes vereinbart:

1. Das **Mandatsverhältnis** kommt ausschließlich zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer zustande. Der Auftrag ist beschränkt auf die Anwendung des **materiellen Rechts der Bundesrepublik Deutschland**. **Steuerliche Beratung** ist nicht Gegenstand des Mandatsverhältnisses.
2. Die Verpflichtungen aus dem Mandat sind am **Kanzleisitz** zu erfüllen, sofern nicht eine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.
3. Der **Auftraggeber** ist **verpflichtet**, den Auftragnehmer über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen vollständig und wahrheitsgemäß informieren und ihm sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängende Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln.
Der Auftraggeber wird während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit dem Auftragnehmer mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten in Kontakt treten und sämtliche von diesen während der Mandatsbearbeitung erhaltene Informationen an die Rechtsanwälte weiterleiten. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer bei Änderung seiner Kontaktdaten umgehend informieren.
Der Auftragnehmer darf den Angaben des Auftraggebers ohne eigene Nachprüfung vertrauen und die vom Auftraggeber mitgeteilten Tatsachen der Sachbearbeitung zugrunde legen. Der Auftraggeber wird die ihm von den Rechtsanwälten übermittelten Nachrichten, Entwürfe und Schreiben des Auftragnehmers sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig wiedergegeben sind
4. Der Auftragnehmer ist zur **Verschwiegenheit** verpflichtet. Der Auftragnehmer wird jedoch insoweit von der Schweigepflicht entbunden, als andere zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Personen mit Einverständnis des Auftraggebers hinzugezogen werden sollen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, anderen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Personen Untervollmacht zu erteilen. Der Auftragnehmer wird zudem gegenüber einer Rechtsschutzversicherung des Auftraggebers von der Schweigepflicht entbunden.
5. Rechte aus dem Mandat dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmers **abgetreten** werden.
6. Die **Haftung** aus dem Mandatsverhältnis erstreckt sich nur auf den oben genannten Auftraggeber. Eine Inanspruchnahme des Auftragnehmers durch **Dritte** ist ausgeschlossen; dies gilt insbesondere für Geschäftsführer und Gesellschafter des Auftraggebers. Das Mandat entfaltet insoweit keine Schutzwirkung.
7. Die **Haftung** des Auftragnehmers aus dem zwischen ihm und dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens wird hiermit auf 2.000.000,00 EUR **beschränkt**. In dieser Höhe besteht Versicherungsschutz. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht, wenn der Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht worden ist, ferner nicht für die Haftung für schuldhaft verursachter Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.
8. **Rechtsmittel** und **Rechtsbehelfe** gegen behördliche oder gerichtliche Entscheidungen, die nach Auftragserteilung ergehen, werden nur bei entsprechender weiterer Beauftragung eingelegt.
9. In **Ehesachen** haftet der Auftragnehmer weder für die Vollständigkeit noch für die Richtigkeit oder Echtheit der für die Versorgungsausgleichsberechtigung vorzulegenden Unterlagen oder der von den Versorgungsträgern erteilten Auskünfte, insbesondere der errechneten Anwartschaften.
10. Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass in **arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten** außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst..
11. Soweit nichts anderes vereinbart ist, richtet sich die **Abrechnung** der anwaltlichen Tätigkeit nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), wobei sich die Höhe einer nach dem RVG zu erhebenden Gebühr mit Ausnahme von Strafverfahren und Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem Gegenstandswert richtet.
Kosten für Abschriften, Ablichtungen, Lichtbilder, deren Anfertigung sachdienlich ist, sind unabhängig von der gesetzlichen Erstattungsfähigkeit vom Auftraggeber zu tragen. Gleiches gilt für Abfragen von Datenbanken.
12. Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass **eingehende Geldbeträge** vorab zur Deckung der jeweils fälligen Gebühren und Auslagen verrechnet werden. Von den Beschränkungen des § 181 BGB sind die Beauftragten befreit.
13. Sofern **Beratungs-** / **Verfahrens-** / **Prozesskostenhilfe** (auch: nachträglich) beantragt, aber nicht bewilligt wird, fallen für die Tätigkeit des Auftragnehmers die gesetzlichen Gebühren an. Gleiches gilt, wenn die Bewilligung aufgehoben wird oder aus anderen Gründen entfällt.
14. Die zur Bearbeitung des Mandats benötigten **persönlichen Daten** des Auftraggebers werden unter Beachtung der Bestimmungen des Datenschutzes elektronisch gespeichert und verarbeitet.

15. Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine E-Mail-Adresse mitteilt, willigt er jederzeit widerruflich ein, dass der Auftragnehmer ihm **ohne Einschränkungen per E-Mail** mandatsbezogene Informationen zusenden. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist. Soweit der Auftragnehmer zum Einsatz von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren die technischen Voraussetzungen besitzt und deren Einsatz wünscht, teilt er dies dem Auftragnehmer mit.

Der Auftraggeber wurde darauf hingewiesen, dass E-Mails auch dann in den Spam-Ordner verschoben werden können, wenn sie von seriösen Absendern stammen. Er wird daher auch diesen Ordner regelmäßig auf Eingänge prüfen und die Einstellungen seines E-Mail-Programms anpassen.

Weiden, den

(Unterschrift/en) Auftraggeber

Weiden, den

(Unterschrift/en) Auftragnehmer

Informationen gemäß DL-InfoV:

Kanzlei Konze Rechtsanwälte

Rechtsform:

Einzelunternehmen, Inhaber: Patrick Konze

Berufsträger:

Patrick Konze

Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

Angestellte Berufsträger:

Julia Langgärtner (im Angestelltenverhältnis)

Rechtsanwältin
Fachanwältin für Familienrecht

Barbara Bausch (im Angestelltenverhältnis)

Rechtsanwältin

Christine Krämer (in freier Mitarbeit)

Rechtsanwältin

Tobias Konze (in freier Mitarbeit)

Rechtsanwalt

Kontakt:

Kanzlei Konze
Rechtsanwälte
Weigelstr. 6
D-92637 Weiden
Telefon +49 (0) 961 / 419925
Telefax +49 (0) 961 / 419926
E-Mail: info@kanzlei-konze.de
Internet: <https://www.kanzlei-konze.de/>

Berufsbezeichnung und zuständige Kammer:

Die Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ / „Rechtsanwältin“ sowie die Bezeichnung „Fachanwalt“ / „Fachanwältin“ wurde jeweils in Deutschland verliehen. Die in der Kanzlei tätigen Berufsträger und angestellten Berufsträger sind - soweit nicht ausdrücklich anders angegeben - Mitglieder folgender Kammer, die als Aufsichtsbehörde für sie zuständig sind:

Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk
Nürnberg
Fürther Str. 115, 90429 Nürnberg
Tel.: 0911/92633-0
Fax: 0911/92633 33
Internet: www.rak-nbg.de

Steuernummer:

255/239/00555 Finanzamt Weiden

Berufshaftpflichtversicherung:

Die Berufshaftpflichtversicherung besteht bei der ERGO Versicherung AG (ehemals Victoria), ERGO-Platz 1, 40477 Düsseldorf. Der räumliche Geltungsbereich des Versicherungsschutzes umfasst Tätigkeiten in den Mitgliedsländern der Europäischen Union und genügt so mindestens den Anforderungen des § 51a i. V.m. § 51 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO).

Datenschutz:

Auf die nachfolgenden Hinweise zur Datenverarbeitung wird verwiesen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen:

Es gilt die vorstehende Mandatsvereinbarung.

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des externen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher:

Rechtsanwälte
Kanzlei Konze
Inh. Patrick Konze
Weigelstraße 6
92637 Weiden
eMail: info@kanzlei-konze.de

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte ist zu erreichen wie folgt:

Rechtsanwälte
Kanzlei Konze
Inh. Patrick Konze
z.Hd. des Datenschutzbeauftragten
Weigelstraße 6
92637 Weiden
eMail: datenschutz@kanzlei-konze.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurden) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer

längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Rechtsschutzversicherungen, Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu

verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde

Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutz@kanzlei-konze.de